

Kontakt für Medien: Martin Degenhardt
Unter den Linden 16
10117 Berlin

Tel.: 030.408 173 268
Fax: 030.408 173 450

info@falk-kv.de

Berlin, den 9. September 2011

PRESSEINFORMATION

FALK-KVen kritisieren Wartezeiten-Diskussion

Mit den geplanten Änderungen des GKV-Versorgungsgesetzes schießt die Regierungskoalition weit über das selbst gesteckte Ziel einer Verbesserung der Patientenversorgung hinaus – so die Meinung der Vorstände der Mitglieds-KVen der Freien Allianz der Länder-KVen (FALK). Denn planwirtschaftliche Vorgaben, wann ein Arzttermin noch als zeitnah zu betrachten sei, haben nichts zu tun mit einer an den Bedürfnissen der Patienten orientierten Medizin. „Die jüngsten Verlautbarungen aus dem Bundesgesundheitsministerium lassen nicht darauf schließen, dass hier medizinischer Sachverstand vorhanden ist. Wartezeiten in Praxen und Klinikambulanzen werden nie ganz vermeidbar sein. Wichtig ist rasche Hilfe bei akuten Fällen.

Fakt ist aber auch, dass wir in Deutschland nach wie vor eines der weltweit leistungsfähigsten Gesundheitssysteme haben. Daran wirken die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten in vorbildlicher Weise mit. Statt diesen Einsatz hervorzuheben und entsprechend zu honorieren, diffamieren Krankenkassen-Funktionäre und einige Politiker die Ärzteschaft als Abzocker und Minderleister. Das lassen wir uns nicht gefallen“, so das Credo der Vorstände der FALK-KVen.

Hart ins Gericht gingen die Vorstände der FALK-KVen auch mit der jüngst vom AOK-Bundesverband vorgestellten Studie zu den Arbeitszeiten in den Arztpraxen. Diese sei in keiner Form repräsentativ, weise methodische Fehler auf und werde von dem designierten AOK-Bundesverbandschef Jürgen Graalman dann auch noch falsch interpretiert. So seien von bundesweit über 135.000 niedergelassenen Haus- und Fachärzten gerade einmal 300 befragt worden. Dass von den befragten Hausärzten knapp 70 Prozent einen Privatpatientenanteil von über 10 Prozent haben, zeige doch, dass nur ein eingeschränkter Kreis an Ärzten überhaupt zu der Online-Befragung herangezogen wurde. Dass dennoch knapp 90 Prozent der befragten Haus- und Fachärzte die Budgetvorgaben als Einschränkung der Therapiefreiheit und Belastung des Arzt-Patienten-Verhältnisses betrachten, wäre eigentlich die Kernaussage gewesen.

Auch könne man die zu einem beträchtlichen Teil von den Krankenkassen verursachte Bürokratie nicht einfach von der ärztlichen Arbeitszeit abziehen, wie dies Graalman in seiner öffentlichen Kritik fälschlicherweise getan habe. „Man muss sich schon fragen, ob es sinnvoll ist, dass der AOK-Bundesverband mit Versicherungsgeldern eine solche Studie finanziert. Gerade die selbst ernannte „Gesundheitskasse“ wäre doch besser beraten, die Beiträge ihrer Versicherten auch für deren Gesundheit auszugeben – und nicht für fragwürdige Auftragsstudien und Marketingmaßnahmen“, so die Vorstände der FALK-KVen.